

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pppn d

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdEP, Vorsitzende der
Vereinigung deutsch-
ausländischer Solidarität,
zum Tod von Kemal Altun:
Bundesinnenminister Zim-
mermann muß das Schüren
der Ausländerfeindlichkeit
einstellen. Seite 1

Erwin Horn MdB sieht in
einer Verwirklichung des
Andropow-Vorschlags einen
substantiellen Abrüstungs-
schritt: Die USA müssen
sich bewegen. Seite 2

Vera Rüdiger MdL gibt eine
Vorschau auf die nächste
Sitzung des Bundesrats:
Im Sinne eines politischen
Dermaleinst. Seite 3

Dokumentation

Bericht von Hans-Jürgen
Wischnewski MdB und Norbert
Cansel MdB über die Lage
im Nahen Osten.
Seite 5

38. Jahrgang / 165

30. August 1983

Was muß noch geschehen?

Bundesinnenminister Zimmermann muß das Schüren der Ausländerfeindlichkeit einstellen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Vorsitzende der Vereinigung deutsch-ausländischer Solidarität

Das Selbstmord von Kemal Altun ist eine fürchterliche Angelegenheit gegen die Unmenschlichkeit der Einschränkung des Asylrechts durch den Bundesinnenminister.

Das rücksichtslose Ausschöpfen durch die Staatsbürokratie hat Kemal Altun offenbar in den Tod getrieben, weil er befürchten mußte, bei einer Auslieferung an die türkische Junta gefoltert, ja vielleicht sogar getötet zu werden.

Besonders schwer wiegt, daß sich der Asylbeauftragte des Bundesinnenministers über alle Entscheidungen vorheriger Rechtsinstanzen hinweggesetzt hat und Appelle wie die des UN-Hochkommissars für das Flüchtlingswesen achtlos beiseite geschoben hat, um dem türkischen Unrechtsregime zu willfahren.

Nach dem Selbstmord der jungen Türken vor einigen Monaten in Hamburg ist dies der zweite spektakuläre Fall, das Ausländer in unserem Land verzweifelt keinen Ausweg mehr sehen.

Was muß noch geschehen, damit die politisch Verantwortlichen - insbesondere Bundesinnenminister Zimmermann - das Schüren der Ausländerfeindlichkeit einstellen? (-/30.8.1983/ks/ca)

+ + +

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Leser-Spendenkonto
12040800000000000000
Kontingenzkonto



Die USA müssen sich bewegen

Die Verwirklichung des Andropow-Vorschlags wäre ein substantieller Abrüstungsschritt

Von Erwin Horn MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Das Angebot des sowjetischen Staats- und Regierungschefs Andropow geht in die richtige Richtung. Damit bestätigt Andropow, daß die Sowjetunion einen Überhang an Mittelstreckenwaffen in Europa hat. Die Offerte zur Verschrottung der überzähligen Systeme ist positiv zu bewerten, da eine Rückwärtsstationierung hinter den Ural neue politische Probleme aufwerfen würde.

Problematisch bleibt noch die Zahl von 162 Systemen. Bei dem englisch-französischen Potential sind sie identisch mit der Sprengkopffzahl, bei den zur Disposition stehenden SS 20 der Sowjetunion haben wir es mit der dreifachen Zahl von Sprengköpfen zu tun, da ihre Raketen Mehrfachsprengköpfe haben.

Aber auch in diese Richtung hat Andropow ein Signal gegeben. Gelänge es, die Sprengkopffzahl von NATO- und Warschauer Paktstaaten bei den Mittelstreckenraketen auf 162 zu begrenzen - eine Größenordnung, die von den Experten beiderseits nicht mehr in Frage gestellt wird - so wäre die beiderseitige Bedrohungsfähigkeit immer noch außergewöhnlich groß, aber dennoch wäre es ein großer Fortschritt! Es wäre ein substantieller Abrüstungsschritt!.

Die Zahl der auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen wäre in den letzten 15 Jahren noch nie so niedrig gewesen.

Die USA müssen sich in Genf im Bereich der Drittstaaten-Potentiale bewegen, wenn sie politisch glaubwürdig bleiben wollen. Dies war auch die Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden der amerikanischen Abrüstungskommission, ACDA, Robert Grey, die er mir gegenüber in einem Gespräch vor einem Jahr äußerte.

Robert Grey wurde inzwischen von der Reagan-Administration abgelöst, aus politischen Gründen.

Es kann nicht Zweck von Verhandlungen sein, Positionen aufzustellen und unabänderlich auf ihnen zu verharren. Verhandeln verlangt Kompromiß, Entgegenkommen von beiden Seiten oder werden die Verhandlungen zur Pharce. Die Genfer Gespräche sind ein Glaubwürdigkeitstest für beide Weltmächte. Ein Versagen zerstört das Vertrauen nach innen, und es untergräbt die Möglichkeit zwischen den Staaten, Konfliktregelungen und Problemlösungen mittels politischer Vernunft durchführen zu können.

(-/30.8.1983/bgy/ca)

+ + +



Im Sinne eines politischen Derrmaleinst

Der Bundesrat berät die Familienpolitik der Bundesregierung

Von Dr. Vera Rüdiger MdL
Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Die kommende Sitzung des Bundesrates könnte trotz der geringen Zahl an Tagesordnungspunkten zu einer seiner längsten werden. Einer der Debattenschwerpunkte dürfte dabei das Problem des Mutterschaftsurlaubs sein.

In der Tat zeugt es von geradezu lerchenaulischer Unbefangenheit, daß eine Regierung mit akzentuiert familien- und bevölkerungspolitischer Programmatik einen der Schwerpunkte ihrer Sparmaßnahmen ausgerechnet bei der Regelung des Mutterschaftsurlaubs setzt. Daß dies sich besonders bei Frauen der mittleren und unteren Einkommensgruppen auswirkt, die vor allem von den bisherigen gesetzlichen Regelungen Gebrauch machten, verleiht der Maßnahme neben der familienpolitischen zusätzliche sozialpolitische Peinlichkeit.

Der Hinweis auf den geplanten Familienlastenausgleich im Sinne eines politischen Derrmaleinst bleibt in diesem Zusammenhang um so fragwürdiger, als von maßgeblichen Politikern der Bundesregierung zugleich fühlbare Herabsetzungen bei der Lohn- und Einkommensteuer in Aussicht gestellt werden. Die Finanzierbarkeit dieser Maßnahmen ist weder alternativ noch gar kumulativ absehbar.

Nach der Sitzung des CDU-Präsidiums dürfte gleichwohl davon auszugehen sein, daß das Gesamtkonzept der Bundesregierung im Bundesrat - ungeachtet der bei den Maßnahmen zu Erwerbsunfähigkeitsrenten und Mutterschaftsgeld geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken des Rechtsausschusses -, ungeachtet auch der punktuellen bayerischen Widerborstigkeit, mehrheitlich Billigung erfahren wird.

Mit Interesse wird allerdings demnächst zu verfolgen sein, ob die Position der bayerischen Staatsregierung von den CSU-Abgeordneten im Bundestag aufgenommen werden wird, da es in ihrer Hand liegt, entweder dem Bundeskanzler oder ihrem Parteivorsitzenden bei Mutterschaftsgeld und Erwerbsunfähigkeitsrente eine politische Niederlage zuzufügen.

Die sozialdemokratisch regierten Länder werden Haushaltsbegleit- und Steuerentlastungsgesetz 1984 insgesamt ablehnen, da die Kombination von sozialpolitischen Einschnitten und Steuererleichterungen im Unternehmensbereich für sie in dieser Massivität nicht hinnehmbar ist.

Die Steuererleichterungen erscheinen ihnen zudem konjunkturpolitisch fragwürdig, da die Erwartung, die Entlastung der Unternehmer werde diese zu Investitionen, und zwar nicht rationalisierenden sondern arbeitsplatzschaffenden, veranlassen, angesichts der allgemeinen Absatzlage unrealistisch ist. Die ablehnende Position ist in zwei Entschließungsanträgen niedergelegt.

Akzentuiert wird die grundsätzliche Ablehnung durch einige punktuelle Streichungs- beziehungsweise Abänderungsanträge, zum Beispiel zu mutterschaftsurlaub, Erwerbsunfähigkeitsrenten, Behindertenpolitik, die gleichfalls in der Anlage näher präzisiert werden.

Die sozialdemokratisch regierten Länder werden darüber hinaus eine Umwandlung der Investitionshilfeabgabe in eine Ergänzungsabgabe beantragen, um zusätzlichen finanziellen Spielraum für Investitionsförderungsprogramme insbesondere im Energiespar- und Umweltbereich zu ermöglichen. Darüber hinaus werden sie eine weitere Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder verlangen, da diese den Großteil - rund 75 Prozent - der vorgesehenen Steuerausfälle zu tragen haben.



Der von der Hessischen Landesregierung vorgelegte Entwurf eines Arbeitnehmer-Entlastungsgesetzes 1984 - er sieht eine Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages von 480 auf 1.000 DM sowie der Kilometerpauschale von 0,36 auf 0,50 DM vor - ist als eine mögliche Alternative zu den Entlastungsmaßnahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 zu sehen. Der Vorteil dieser Alternative läge in einer wesentlichen und damit konjunkturpolitisch nicht unbedeutenden Verstärkung des Nachfragesektors (circa 3,5 Milliarden DM), da dort ab der zweiten Jahreshälfte 1983 Schwächeerscheinungen zu erwarten sind. Hierauf hat übrigens das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin gerade erst vor zwei Wochen hingewiesen.

Politisch kontroverse Abstimmungen im Verhältnis 7 : 4 wird es im Bundesrat auch geben bei dem Vermögensbildungsgesetz - der ablehnende Entschließungsantrag der sozialdemokratisch regierten Länder ist als Anlage beigelegt - dem Strafrechtsänderungsgesetz zum Landfriedensbruch und dem Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern. Auch zum letzteren ist der kritische Antrag der A-Länder beigelegt.

Keine wesentlichen Einwendungen sind dagegen bei dem Stahlinvestitionszulagen-Änderungsgesetz (Anhebung der Stahlinvestitionszulage von zehn auf 20 Prozent) und dem Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (Lockerung des Kontaktperrengesetzes durch Einführung einer mit dem Verteidiger nicht identischen Kontaktperson) eben.

Ohne Beratung an die Ausschüsse verwiesen werden dürfte die hessische Initiative für ein Arbeitszeitgesetz, durch das die überholte Arbeitszeitverordnung aus dem Jahre 1938 an die inzwischen eingetretene soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung angepaßt werden soll.

In dem Entwurf geht es unter anderem um

- Festlegung der 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit,
- Fünf-Tage-Woche als Sollvorschrift,
- Ausschluß der Vier-Tages-Woche mit täglich zehn Stunden,
- Sonderregelungen für Saison- und Kampagnebetriebe,
- Beseitigung unterschiedlicher Ruhepausen für Männer und Frauen,
- Verlängerung der täglichen Ruhezeit von elf auf zwölf Stunden,
- erhöhte Anrechnung von Nachtarbeit.

Wahrscheinlich dürften sich noch andere Länder diesem hessischen Gesetzesantrag anschließen. Er wird von dem Hessischen Sozialminister im Plenum begründet werden.

(-/30.8.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Nach Abschluß ihrer Nahostreise vom 5. August 1983 bis 28. August 1983 gaben der Vorsitzende der Kommission für internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik beim Parteivorstand der SPD und stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Hans-Jürgen Wischniewski, und das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Gansel, die folgende Erklärung ab.

Naher Osten

Bericht von Hans-Jürgen Wischniewski MdB und Norbert Gansel MdB

- Die gefährliche Lage im Nahen Osten hat sich weiter zugespitzt.
- Sie ist oft auch für die direkt oder indirekt Beteiligten in ihrer Entwicklung unberechenbar.
- Alle bisherigen Friedensbemühungen haben nicht zum Erfolg geführt.

Zur Information, zur Bestandsaufnahme und Analyse, zur Kontaktaufnahme mit allen an den Konflikten Beteiligten und zur Vorbereitung von politischen Beschlüssen der Führungsgremien der SPD sind wir in den Nahen Osten gereist und haben folgende Länder besucht: Syrien, Libanon, Irak, Jordanien, Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und Tunesien. Für mehr als 70 Gespräche standen nahezu alle wichtigen politisch Verantwortlichen in der Region zur Verfügung. Im Libanon war uns die Möglichkeit gegeben, mit den verschiedenen am Konflikt beteiligten Gruppen zu sprechen. Hier haben wir auch Informationen zwischen den Gruppen übermittelt. Auch in Israel haben wir das breite politische Spektrum für unsere Information nutzen können.

Zu den Gesprächspartnern gehörten ebenfalls die Vertreter wichtiger internationaler Organisationen:

Der Oberbefehlshaber der UNO-Truppen im Libanon, der Stellvertretende Generalsekretär der Islamischen Konferenz, der stellvertretende Generalsekretär der Arabischen Liga und ihre wichtigsten Mitarbeiter.

Drei zum Teil unterschiedliche Konflikte in der Region sind direkt oder indirekt miteinander verbunden:

1. Der eigentliche Nahostkonflikt, das heißt der Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn und das Problem der Palästinenser.
2. Der interne Libanonkonflikt, der unabhängig vom Nahostkonflikt seit langer Zeit besteht, seit 1975 aber durch den Nahostkonflikt und insbesondere durch die Invasion Israels im südlichen Libanon wesentlich verschärft worden ist.
3. Der Golfkrieg, das heißt der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran.

Alle bisherigen politischen Bemühungen zur Beilegung der Konflikte, unabhängig von welcher Seite sie erfolgten, haben zu keinem Ergebnis geführt.

Die Europäische Gemeinschaft ist - abgesehen davon, daß Frankreich, Italien und England an den multinationalen Friedenstruppen, und Frankreich, die Niederlande, Irland und Italien an den UNO-Truppen beteiligt sind - politisch weitgehend abwesend.

Die arabischen Regierungen und Institutionen beobachten die Politik der Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit, um mögliche Veränderungen feststellen zu können.

Die durchaus begrüßenswerten, bisher aber erfolglosen Bemühungen der USA zur Konfliktbeilegung kosten die Vereinigten Staaten von Tag zu Tag mehr an Ansehen in der arabischen Welt.



Libanon

Die Menschen im Libanon erdulden seit 1975 Krieg und Bürgerkrieg mit vielen Opfern. Im Libanon befinden sich zur Zeit folgende fremde Truppen: Die israelischen Besatzungstruppen im Süden des Landes, die durch arabischen Beschluß anwesenden syrischen Truppen im Osten und Norden des Landes, militärische Einheiten der PLO, die sich in internen Auseinandersetzungen befinden, und kleinere Einheiten aus Syrien und dem Iran.

Außerdem: die Truppen der Vereinten Nationen (UNIFIL), knapp 6.000 Soldaten aus zehn Staaten, und die multinationale Friedenstruppe mit 6.000 Soldaten aus Frankreich, Italien, den USA und Großbritannien. Diese Truppen sind um Waffenruhe und Stabilität bemüht. Die Kompetenzen, aber auch ihre Zahl reicht zur Erfüllung der Aufgaben nicht aus.

Die libanesische Armee ist zahlenmäßig schon nicht in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen; sie ist aber insbesondere den inneren Auseinandersetzungen des Landes voll ausgesetzt.

In den internen Auseinandersetzungen spielen aber die bewaffneten Einheiten der unterschiedlichen libanesischen Gruppen die entscheidende Rolle. Einige davon sind "Staat im Staat" und verfügen über eigene schwere Waffen.

Das Abkommen zwischen Israel und dem Libanon unter wesentlicher Beteiligung der USA erweist sich immer mehr als nicht praktikabel.

Erschwert wird die Lage durch das parteiische Verhalten der nationalen fremden Truppen.

Zur Wiederherstellung des Friedens und der Souveränität und zur Erhaltung der Einheit des Libanons halten wir folgende Maßnahmen für notwendig:

- Sofortiger Waffenstillstand
- Abzug der israelischen Truppen
- Abzug der anderen fremden Truppen
- Vereinbarung zwischen der Regierung des Libanon und den Vereinten Nationen zur Gewährung der inneren Sicherheit und der Souveränität des Landes durch Hilfe der Truppen der Vereinten Nationen, die für diese Aufgabe einer erheblichen Aufstockung bedürfen und deren Auftrag um Kompetenzen erweitert werden müssen. Die jetzt anwesenden Kräfte der multinationalen Friedenstruppe sollten hier einbezogen werden.
- Einberufung einer nationalen libanesischen Konferenz unter Beteiligung aller Gruppen zur Wiederherstellung des Friedens und zur Aussöhnung, zur Wahrung der nationalen Einheit, zur Entwaffnung aller internen Gruppen, Vorbereitung von Neuwahlen und zur Teilung der Verantwortlichkeiten entsprechend den heute gegebenen Verhältnissen.
- Aufbau einer nationalen Armee unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gruppen auch als Instrument zur Förderung der nationalen Einheit.
- Erarbeitung und Ingangsetzung eines libanesischen Wiederaufbauplans unter entscheidender Beteiligung der arabischen Erdölländer und der Industrieländer. Nur ein schneller wirtschaftlicher Wiederaufbau kann den Menschen Hoffnung geben.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssen schnell und zum Teil nebeneinander in Gang gesetzt werden.

Syrien

In dem aktuellen Konflikt nimmt Syrien eine Schlüsselposition ein. Seine Sicherheitsinteressen sind in den Vereinbarungen zwischen Israel und dem Libanon offensichtlich nicht in dem notwendigen Maße berücksichtigt worden. Nur wenn dieser Mangel behoben wird, wird Syrien bereit sein, eine positive Rolle bei der Beseitigung der aktuellen Konflikte zu spielen.



Israel

Die Politik der augenblicklichen israelischen Regierung wird weitgehend von militärischem Denken und Handeln bestimmt. Es wird weitgehend nicht zur Kenntnis genommen, daß heute die arabischen Staaten und auch die Palästinenser die Existenz des Staates Israel faktisch akzeptiert haben. Die Besetzung des südlichen Libanon durch die israelischen Truppen und die israelische Siedlungspolitik zur Schaffung vollendeter Tatsachen in den besetzten Gebieten sind schwere Belastungen für die israelische Politik und haben die neuen Beziehungen zu Ägypten schwer belastet. Diese Politik ist ein schweres Hindernis für weitere Friedensverhandlungen.

Auf der anderen Seite sind in der inneren Entwicklung Israels in diesen Fragen durchaus positive Entwicklungen feststellbar:

- Der innere Widerstand gegen die Besetzung des Libanons wächst.
- Die nichtpazifistische Bürgerbewegung "peace now" gewinnt an Bedeutung.
- 30 Knesseth-Abgeordnete und viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Israels fordern den Stopp der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten.

Ein arabisches Echo auf diese Entwicklung würde sich in Israel positiv auswirken.

Zur Herstellung des Friedens und zur Aufnahme von Verhandlungen sind folgende Sofortmaßnahmen notwendig:

- Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon.
- Sofortiger Stopp der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten.
- Erklärung der israelischen Verhandlungsbereitschaft mit den am Konflikt Beteiligten.

Palästinenser und PLO

Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ist unverzichtbar. Die Palästinenser haben selber darüber entschieden, wer für sie spricht. Alle am Konflikt Beteiligten, also auch um Vermittlung Bemühten müssen diese Entscheidung respektieren.

Die Auseinandersetzung innerhalb der PLO behindert die Beilegung des Konflikts.

Aber auch das Bemühen arabischer Staaten, das palästinensische Schicksal zur Wahrung eigener Interessen zu nutzen, dient einem möglichen Friedensprozeß nicht.

Die PLO muß in jedem Fall die Interessenlage der Palästinenser in den besetzten Gebieten bei ihren politischen Entscheidungen sehr viel stärker berücksichtigen.

Alle Palästinenser, auch die PLO, müssen wissen, daß ihr Selbstbestimmungsrecht nur mit politischen Mitteln durchsetzbar ist. Jede Rückkehr zu Krieg oder Terrorismus kann dem Ansehen der Palästinenser nur schaden.

Durch ihre Stellungnahmen zum Brechnewvorschlag, zur Deklaration von Fez und zur gemeinsamen französisch-ägyptischen Erklärung hat die PLO bewiesen, daß sie faktisch die Existenz des Staates Israel akzeptiert. Sie hat deshalb auch allen Anlaß, ihre Konvention von 1968 den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Ägypten

Nach dem Frieden von Camp David ist das Verhältnis zu Israel schweren Belastungen ausgesetzt worden, insbesondere durch die israelische Besetzung des Libanon.

Heute ist Ägypten in seiner Außenpolitik in erster Linie um die Rückkehr in die arabische "Familie" bemüht. In den meisten Fällen entwickeln sich die Beziehungen schnell und positiv. Das Bemühen um mehr arabische Gemeinsamkeit ist auch ohne Ägypten nicht denkbar.

Jordanien

Trotz der bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit ist Jordanien offensichtlich wieder bereit, eine aktive Rolle im Bemühen um Frieden zu spielen.



Golfkrieg

Der Golfkrieg zwischen dem Irak und dem Iran hat nichts von seiner Gefährlichkeit verloren. Verschleißerscheinungen und wirtschaftliche Auswirkungen sind auf beiden Seiten feststellbar. Ganz offensichtlich kann keine Seite der anderen einen Wechsel der politischen Führung durch militärische Maßnahmen aufzwingen. Bei unseren Gesprächen in Bagdad haben wir den Eindruck gewonnen, daß der Irak durchaus an einem baldigen Friedensschluß interessiert ist. Notwendige Informationsgespräche im Iran werden wir so bald wie möglich nachholen. Unseren Vorschlägen, die humanitäre Lage der kriegsgefangenen iranischen Kinder zu verbessern, steht die irakische Regierung positiv gegenüber.

Die Weltmächte und der Nahostkonflikt

Die Friedensbemühungen der USA werden von uns ausdrücklich begrüßt. Die USA müssen aber wissen, daß die große Mehrheit der arabischen Staaten die USA nicht als neutralen Partner betrachtet. Die arabischen Staaten vertreten völlig übereinstimmend die Auffassung, daß die USA ihre Einflußmöglichkeiten gegenüber der israelischen Regierung nicht nutzen. Solche Stimmen sind sogar in Israel selbst zu hören.

Jeder Tag, den die israelische Besetzung des Libanon andauert, und die israelische Siedlungspolitik fortgesetzt wird, kostet die USA an Ansehen in der arabischen Welt. Das gilt insbesondere für die arabischen Staaten, die den USA bisher besonders nahe gestanden haben. Besonders negativ hat sich das Veto bei den Vereinten Nationen zur israelischen Siedlungspolitik ausgewirkt. Der Reagan-Plan wird überall in der arabischen Welt eher positiv beurteilt. Die arabischen Regierungen haben allerdings große Zweifel, ob die USA auch bereit sind, diesen Plan mit Entschlossenheit durchzusetzen.

Die UdSSR hat zu den Konfliktparteien sehr unterschiedliche Beziehungen. Sie reichen von den Ländern mit Freundschaftsvertrag bis zu den Ländern ohne jede Beziehungen. Eine endgültige Friedensregelung in der Region ohne Beteiligung der Sowjetunion erscheint uns unrealistisch.

Europa und der Nahost-Konflikt

Die Europäische Gemeinschaft macht einen weitgehend politisch abwesenden Eindruck. Das gilt auch für die Zeit der deutschen Präsidentschaft. Nur die Tatsache, daß Truppen aus Frankreich, Italien, Niederlande, Irland und Großbritannien an den internationalen Truppen beteiligt sind, mindert diesen Eindruck etwas ab. In den arabischen Ländern löst diese europäische Abwesenheit Verwunderung und teilweise auch Kritik aus. Das Argument, daß man die amerikanischen Bemühungen nicht stören wolle, wird nicht anerkannt. Die europäische politische Abwesenheit wird von der israelischen Regierung eher positiv bewertet.

Ein stärkeres europäisches Engagement ist unverzichtbar. Diese gefährdete Region ist unser Nachbar. Der europäisch-arabische Dialog bedarf der Intensivierung. Dabei dürfen keine Themen ausgeklammert werden. Wenn der Krieg herrscht, kann man nicht nur über Wirtschaft und Kultur sprechen. Erklärungen, die man verabschiedet hat, muß man auch mit großer Anstrengung durchzusetzen versuchen.

Konsequenzen für eine deutsche Nahostpolitik

Auch für die Zukunft sollte eine deutsche Nahostpolitik Bestandteil einer gemeinsamen Politik der Europäischen Gemeinschaft sein. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft muß die Bundesrepublik in enger Zusammenarbeit mit Frankreich aber eine aktive Rolle spielen.

Die Bundesrepublik ist in wachsendem Maße der Gefahr ausgesetzt, sich nur in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu engagieren und auf politische Aktivitäten weitgehend zu verzichten. Die politische Zusammenarbeit mit den Staaten der Region bedarf deshalb der Verstärkung.



Da die Bundesrepublik Deutschland weder an den UNO-Truppen noch an den multilateralen Truppen beteiligt ist und beteiligt sein kann, muß sie auf andere Weise ihren politischen und materiellen Beitrag leisten.

Die schreckliche deutsche Vergangenheit gegenüber den Juden darf die Bundesrepublik Deutschland nicht davon abhalten, der israelischen Regierung deutlich zu sagen, wo ihre Politik unsere Unterstützung nicht finden kann. Deswegen haben wir auch eine besondere Verantwortung, gegenüber den arabischen Regierungen für die gesicherte Existenz des Staates Israel einzutreten.

Die deutsche Nahostpolitik muß beruhen auf der gesicherten Existenz des Staates Israel, der Forderung nach sofortigem Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon, der Forderung nach Einstellung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, der Rückgabe der besetzten Gebiete im Rahmen eines Verhandlungsfriedens.

Die deutsche Nahostpolitik muß beruhen auf dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Unsere Forderung an die Palästinenser ist: Das Existenzrecht des Staates Israel nun auch öffentlich anzuerkennen. Die deutsche Nahostpolitik muß von beiden Seiten eine ausschließlich friedliche Lösung des Konflikts verlangen.

Gewaltmaßnahmen von welcher Seite auch immer, müssen politische, moralische und materielle Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland ausschließen. Nur wenn die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel und den arabischen Staaten mit einer Sprache spricht, kann sie von allen Beteiligten ernst genommen werden und gefährlichen Vertrauensverlust vermeiden. Dazu gehört, daß gefaßte Beschlüsse nicht in Zweifel gezogen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß konsequent daran festhalten, in diese Region keine Waffen zu liefern. Nur wenn an dem Grundsatz festgehalten wird, auf den Export von Waffen außerhalb des Bündnisses völlig zu verzichten, können Diskriminierungen vermieden werden. Die Bundesrepublik muß an der Sicherheit und Stabilität des Königreiches Saudi-Arabien stark interessiert sein und hat Möglichkeiten, das auch zu beweisen und sichtbar zu machen.

Auf der Basis dieser Grundsätze deutscher Nahostpolitik ist eine weitgehend gemeinsame Politik gegenüber den Staaten des Nahen Ostens und seinen Konflikten und Problemen möglich. Eine entsprechende Empfehlung werden wir an die Führungsgremien der SPD geben.

Unter diesen Gesichtspunkten werden wir auch die Reisen des Bundeskanzlers nach Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien verfolgen.

Die SPD wird darüberhinaus ihre vielfältigen Möglichkeiten nutzen, um die Kontakte in der Region zu fördern, die zur Beilegung der gefährlichen Konflikte notwendig sind.

+ + +

(-/30.8.1983/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

